

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 23.02.2021
Antragsnr.: 053/2021
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 23.02.2021

Corona-Hotspots vermeiden, Inklusion ermöglichen – Geflüchtete dezentral unterbringen - Antrag zum Stadtrat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

Alle städtischen Sammelunterkünfte für Geflüchtete werden schnellstmöglich aufgelöst und die Bewohner*innen dezentral im Stadtgebiet untergebracht.

Bei Sammelunterkünften anderer Gebietskörperschaften im Erlanger Stadtgebiet nimmt die Stadt Erlangen Gespräche mit den jeweiligen Stellen auf, um ebenfalls eine schnellstmögliche Auflösung und dezentrale Unterbringung zu erreichen.

Begründung:

Sammelunterkünfte haben sich in Deutschland wiederholt als Hotspots für Corona-Ausbrüche gezeigt, da die Voraussetzung für eine ausreichende Befolgung der AHA-Regeln nicht gegeben sind, da die Menschen zu eng aufeinander leben müssen. Zum Schutz der Bewohner*innen und der Angestellten muss die Wohnsituation daher entspannt werden. Wir halten die dezentrale Unterbringung für einen wichtigen Schritt der Pandemiebekämpfung, der dazu beitragen soll, die Infektionszahlen in Erlangen weiterhin niedrig zu halten und bzw. noch weiter zu senken. Denn wir sollten nicht darauf warten, bis sich auch bei uns in Erlangen ein Corona-Ausbruch in Unterkünften für Geflüchtete ereignet. Die Folgen für Bewohner*innen der Unterkünfte (Quarantäne für alle) und die ganze Stadt (ggf. Verschärfung der Maßnahmen) sind durch frühzeitiges Handeln vermeidbar! In anderen Städten z.B. Köln wurde eine dezentrale Unterbringung schon beschlossen. (Siehe etwa https://www.t-online.de/region/koeln/news/id_89415964/koeln-stadtrat-will-fluechtlingsunterkuenfte-schliessen.html) Die Umsetzbarkeit dieses Antrags ist also möglich, wenn genügend politischer Wille vorhanden ist.

Aber auch nach der Coronapandemie ist eine dezentrale Unterbringung sinnvoll, da sie eine Inklusion in Nachbarschaften begünstigt und Geflüchtete als normaler Teil unserer Stadt leben können, statt in Sammelunterkünften von nicht geflüchteten Menschen separiert zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)